KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 274 - 30. Jahrgang
JULI 2022
Spendenbeitrag 50 Cent

ERFURTER PARTEITAG

Bericht von der 1. Tagung des 8. Parteitags der Partei DIE LINKE

Es kommt darauf an, sie zu verändern ... DIE LINKE.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wie einen Bericht schreiben, von einem Parteitag, der sage und schreibe 31 Stunden getagt hat? Wie von einem Klima erzählen, wo sich Wiedersehensfreude und Verletzungen, politischer Aufbruch und Ängste eigenartig vermischten? Welche Wortlaute zitieren?

Vorab möchte ich euch daher sagen, dass jeder hier nicht geschriebene Satz wahrscheinlich mehr von dem erzählt, was passiert ist, als die gedruckten Worte. Allen Leser:innen, die keine Zeit hatten, den Parteitag zu verfolgen, empfehle ich, sich die Reden von Janine, von Bodo und von Gregor, aber auch den Redebeitrag der Linksjugend solid einmal anzuschauen – glücklicherweise findet sich das alles auf der Homepage der Partei beziehungsweise bei Youtube.

Vorab möchte ich auch daran erinnern, dass dieser Parteitag besonders war, weil wir uns alle fast 2 Jahre kaum oder nur über den Bildschirm gesehen haben. Nicht nur inhaltlich und politisch war also vor dem Parteitag ein Aufbruch nötig. Der Parteitag musste auch ein Aufbruch werden, sich gegenseitig wieder in die Augen zu sehen, einmal zusammen zu essen oder ein Bier zusammen zu trinken. Erst am Ende des Parteitags fiel mir selbst auf, wie sehr doch diese Momente in den letzten Monaten gefehlt haben. Und mir stellt sich die Frage, ob die Situation der Partei eine bessere wäre, hätten wir nicht coronabedingt diese Form des Parteilebens herunterfahren müssen.

Fortsetzung auf S. 3

ROSTOCKER PARTEITAG

Die Rostocker LINKE hat eine neue Führungsspitze, gewählt von den Delegierten des Kreisparteitages am 28. Mai. Der Parteitag verabschiedete zudem einen Leitantrag, der die politische Arbeit im Kreisverband auf ein neues Niveau heben soll.

Die bisherigen Kreisvorsitzenden Eva Kröger und Carsten Penzlin traten nach acht Jahren nicht wieder zur Wahl an. In seinem Bericht zog Carsten eine Bilanz der vergangenen zwei Jahre, sprach einige Probleme an und dankte vor allem zahlreichen Genoss*innen für ihre Arbeit (siehe Bericht im Innenteil). Unsere Schatzmeisterin Marlis Schröder konnte davon berichten, dass sich die Finanzen des Kreisverbandes in einem geordneten Zustand befinden. Allerdings ist das Spendenaufkommen deutlich zurückgegangen. Spenden sind für uns sehr wichtig, da sie im Kreisverband verbleiben, während von den Mitgliedsbeiträgen 91 % an den Landesverband gehen. Christian Albrecht berichtete aus der Bürgerschaftsfraktion. Er gab die Schuld am absehbaren Scheitern der BUGA dem OB und den anderen Bürgerschaftsfraktionen, die zu lange an der Illusion festhielten, dass die Stadtverwaltung die Planung schon irgendwie schaffe – und zwar ohne massive Kostensteigerungen. Diese belasten nun allein den Rostocker Haushalt, so dass bereits – wie befürchtet – über „Prioritäten“ diskutiert werden soll. BUGA oder Theaterneubau, BUGA oder Hortneubau usw. Positives konnte Christian über die Verabschiedung des Doppelhaushaltes 22/23 berichten. Auch dank unseres Engagements ist der Etat sozial ausgewogen, so dass z.B. das kostenlose Schülerticket erhalten bleiben kann.

Fortsetzung auf S. 7

In dieser Ausgabe

Seite 2: Keine Hochrüstung
Seite 3-5: Bundesparteitag
Seite 5: Expertinnenkommission
Seite 6: Ina Latendorf
Seite 7-10: Kreisparteitag HRO
Seite 11: Aus dem Landtag
Seite 12/13: Bürgerschaft
Seite 14/15: Stiftung und Partei
Seite 15: Aus dem EU-Parlament
Seite 16: Landeshaushalt

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
Nach zwei Monaten wieder ein prall gefüllter Klartext mit stolzen 16 Seiten für nur 50 Cent. Wo gibt es das heute noch? Nur bei uns, bei den LINKEN. Schon dafür lohnt es sich, zu bleiben.
Über zwei Ereignisse möchten wir ausführlich berichten. Der Rostocker Kreisparteitag stellte personell und inhaltlich die Weichen für die Zukunft. Das tat dann vier Wochen später auch der Bundesparteitag, in Erfurt wurde aber doch ein bisschen härter diskutiert. Von Spaltung, von der Gründung einer neuen Partei ist nun die Rede. Wer sich die Ergebnisse des Parteitages anschaut – Personal und Inhalte – muss sich eigentlich darüber wundern. Aus den mit großer Mehrheit verabschiedeten Anträgen spricht ein scharfes sozialistisches und friedenspolitisches Profil, aber auch der Wille, aktiv Politik zu gestalten. Was würde eine neue Partei anders machen, außer ein Sammelbecken für nicht mehr ganz taufrische beleidigte Leberwürste zu sein?
Die Gründe für die Krise der Linkspartei sind vielfältig. Da lohnt ein Blick von außen, wenn man bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung davon sprechen darf. Ich habe für euch die wichtigsten Erkenntnisse einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zusammengefasst.
Lasst euch Zeit beim Lesen, wir gehen jetzt in die Sommerpause.
Viel Vergnügen bei der Lektüre wünscht Euch die Redaktion. *C. Penzlin*

AKTUELLES

Kandidaten der AfD wählt man nicht!

Positionierung der Landesvorsitzenden, Vanessa Müller und Peter Ritter, zur Wahl eines AfD-Ausschussvorsitzenden in Neubrandenburg:
Ja, unsere Position war und ist klar: Kandidaten der AfD wählt man nicht! Nun mag es ja sein, dass man sich, demokratischen Gepflogenheiten folgend, im Zugriffsverfahren fraktionsübergreifend auf die Ausschussvorsitze, wie hier im Vorfeld erfolgt, einigt. Es gibt aber keine Gepflogenheiten die vorschreiben, Vertreter der AfD zu wählen. Schon gar nicht wenn es sich um den Landessprecher einer vom Verfassungsschutz beobachteten Struktur handelt. Dies ist im Übrigen der inhaltliche Kompass der übergroßen Mehrheit der Mitglieder unserer Partei. Bei der Wahlentscheidung für Herrn Schnell durch Mitglieder der Neubrandenburger Linksfraktion scheint dieser Kompass abhanden gekommen zu sein. Das bedauern und kritisieren wir.
Wir werden deshalb im Landesvorstand und am Wochenende im Kreisvorstand über diese Angelegenheit beraten, auch ein Termin mit der Linksfraktion in der Neubrandenburger Stadtvertretung ist in Vorbereitung. Was uns darüber hinaus besorgt, ist, dass offenbar seit langer Zeit vorhandene Nichtverhältnis zwischen den demokratischen Fraktionen in der Stadtvertretung. Permanente Auseinandersetzungen und gegenseitige Vorhaltungen über die sozialen Netzwerke nach dem Motto „Du hast das getan, deshalb tue ich das ... und im Übrigen bist Du Schuld ...“ werden zu keiner, den Interessen der Stadt dienenden Zusammenarbeit führen. Auch der Umweg über Dritte, wie permanente Aufforderungen an uns, einzugreifen, werden nicht zur Problemlösung beitragen. Unser dringender Appell an alle demokratischen Akteure vor Ort lautet daher: Setzt Euch zusammen und redet miteinander!

AKTUELLES

Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der LINKEN-Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Berlin und Thüringen
Aus den links regierten Bundesländern hat es im Bundesrat keine Zustimmung zum Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr gegeben. DIE LINKE hat in diesen vier Bundesländern Regierungsverantwortung übernommen, weil wir unsere Länder sozial gerecht und wirtschaftlich nachhaltig entwickeln wollen. Neben guten Löhnen für gute Arbeit, Chancengerechtigkeit und guter Bildung für alle Kinder von Anfang an und guten Lebensbedingungen für Menschen im Alter ist die drängende Aufgabe unserer Zeit, der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen. Wir teilen die Einschätzung des Papiers *Energiewende für alle! - Sondervermögen für Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation*, in dem es heißt:
„Die Abkehr von fossilen Brennstoffen ist die eigentliche Menschheitsaufgabe unserer Generation, um den Klimawandel aufzuhalten bzw. zu begrenzen. In der aktuellen Situation erleben wir, wie auf vielfältige Weise die Erfordernis nachhaltiger Energiesicherheit und -versorgung mit sicherheits-, sozial- und außenpolitischen Problemen verknüpft ist. Für eine gesicherte, ökologische und bezahlbare Energieversorgung braucht es einerseits schnelle und konsequente politische Weichenstellungen, die andererseits finanziell ausreichend untersetzt sein müssen, um ihre schnelle Wirksamkeit entfalten zu können und Energiearmut unbedingt zu vermeiden.“ Eine Aufrüstung der Bundeswehr steht dem unserer Überzeugung nach ausdrücklich entgegen, zumal die Bundeswehr ihr Beschaffungs- und Strukturproblem, auch mit dieser Summe nicht lösen wird. Die nunmehr beschlossenen zusätzlichen Ausgaben zur Aufrüstung der Bundeswehr werden weder das Sterben in der Ukraine beenden noch künftig für eine friedlichere und sichere Welt sorgen.
Tragisch ist, dass SPD, Grüne, FDP und CDU nicht einmal bereit sind, in mindestens gleichem Umfang in bessere Gesundheitsversorgung, Bildung, bezahlbaren Wohnraum, Klimaschutz und Energiewende zu investieren, aber 100 Milliarden Euro für die weitere Hochrüstung und Militarisierung ausgeben. Diese Summe, für den dringend notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien und eine soziale Energiewende auszugeben, könnte zum wirklichen Gamechanger werden, denn die Klimakrise macht keine Pause.

BERICHT VOM BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Dieser Parteitag war gekennzeichnet durch drei Schwerpunktthemen: Beginn der Aufarbeitung der Sexismus-Debatte, Stellung der Partei zum Krieg in der Ukraine und Aufbruch aus den parteiinternen Querelen und Zwistigkeiten.

Zum ersten Schwerpunkt haben alle Redner:innen Eines festgestellt: Diskriminierung, Sexismus und sexuelle Gewalt sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Nicht nur in unserer Partei traten und treten solche Fälle auf. Doch als Partei, die sich sowohl im Grundsatz- als auch im Wahlprogramm Feminismus und Emanzipation auf die Fahnen schreibt, dürfen wir bei der Formulierung idealistischer Ziele nicht stehenbleiben: Es kommt darauf an, sie zu verändern... Das heißt für uns, dass wir eine feste Struktur schaffen müssen, an die sich Betroffene wenden können. Mit der Expert:innenkomission hat der alte Parteivorstand hier schon erste Schritte getan. Für Betroffene braucht es klare Ansprechpartner:innen. Es darf nie wieder passieren, dass Betroffene, in Ermangelung dafür vorgesehener Strukturen, so lange nicht gehört werden, dass sie den Weg in die Öffentlichkeit gehen. Darüber hinaus müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen und uns fragen: Haben wir selbst immer richtig reagiert? Sind wir selbst in Verdachtssituationen eingeschritten? „DIE LINKE, das sind wir!“ (Heidi Reichinnek in ihrer Bewerbungsrede für den Parteivorsitz) Wir machen die Kultur in dieser Partei. Es liegt an uns allen. Für die Partei war es wichtig, dass im höchsten Gremium darüber gesprochen wurde. Es war wichtig, dass sich vielfach entschuldigt wurde, und zwar nicht in erster Linie für persönliche Verfehlungen, sondern für strukturelle Schwächen der Partei. Gemeinsam sind wir hier Schritte in die richtige Richtung gegangen. Bei allen Debatten muss eine Sache immer klar bleiben: Sexismus und sexuelle Gewalt sind Ausdrücke gesellschaftlicher und materieller Verhältnisse. Diese Verhältnisse zu ändern, ist der existenzielle Anspruch der Partei. Sprachliche Genauigkeit allein, kann das nicht leisten. Doch mit Rosa Luxemburg gesprochen: Die revolutionärste Tat ist und bleibt, immer das und laut zu sagen, was ist! Sprachliche Sensibilität kann Dinge sichtbar machen. Doch darin liegt nie das eigentliche Ziel. Das eigentliche Ziel ist eine Gesellschaft frei von Sexismus, frei von Rassismus, frei von Antisemitismus und frei von allen Formen von Diskriminierung.

Zum Ukrainekrieg, dem zweiten Schwerpunkt, wurde nicht nur in vielen Redebeiträgen Stellung bezogen, sondern auch ein Leitantrag beschlossen. DIE LINKE erklärt sich deutlich und klar: Wir stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer:innen, die unter dem Krieg leiden. Sowieso steht DIE LINKE schon immer und wird immer an der Seite der Unterdrückten, Kriegs- und Krisengebeulten stehen – das ist Kern sozialistischer Überzeugungen. Wir haben uns im Leitantrag auch für solche Sanktionen ausgesprochen, die den militärisch-industriellen Komplex des System Putins angreifen. Sowieso kämpft DIE LINKE schon immer und wird immer gegen Rüstungsindustrie und andere Kriegsgewinnler kämpfen. Wir haben uns klar für eine humanitäre, wertegeleitete und zivile Konfliktlösung ausgesprochen. Sowieso tritt DIE LINKE schon immer ein und wird immer eintreten für eine wertegeleitete Außenpolitik, die das Wohl aller Menschen in den Blick nimmt, die für globale Gerechtigkeit kämpft und die Prävention und Abrüstung das Wort redet und Kriegsrhetorik und Militarismus ablehnt. Lassen wir uns nicht einreden, dass es jemals anders war, dass wir jemals eine andere Meinung vertreten hätten, ob beim Krieg in Syrien, im Irak, in der Ukraine oder sonst wo auf dieser Erde.

Der neue Parteivorstand

Der dritte Schwerpunkt war natürlich die komplizierte Lage der Partei und wie wir alle gemeinsam da wieder heraus kommen. Die Neuwahlen des Parteivorstands und der Leitantrag 01 fielen für mich beide in diese Kategorie. Fakt ist: Wir haben einen neuen Parteivorstand mit Mehrheiten gewählt und zwei Leitanträge mit Mehrheit beschlossen, und dabei ist es jetzt nicht mehr entscheidend, mit welchen Ergebnissen. Wahlen und Abstimmungen sind Mehrheitsentscheidungen und als solche zu akzeptieren. Einig zu sein, eine Kultur des Miteinander festzuhalten und schlagkräftig zu sein – all das liegt an uns. DIE LINKE, das sind wir! Angesichts des Gegenwindes, den DIE LINKE aktuell erlebt, müssen wir umso mehr zusammenstehen und miteinander arbeiten. Das bedeutet nicht Kritiklosigkeit. Es bedeutet nach außen geschlossen aufzutreten und nach innen weiter zu wirken. Janine Wissler und Martin Schirdewan gratuliere ich herzlich zu ihrer Wahl als Parteivorsitzende. Ihnen, ihren Stellvertreter:innen Lorenz Gösta Beutin, Ates Gürpinar, Jana Seppelt und Katina Schubert, dem Schatzmeister Harald Wolf, dem neuen Bundesgeschäftsführer Tobias Bank, und allen Mitgliedern des Parteivorstands wünsche ich viel Mut (vielleicht sogar etwas Wagemut), Geduld und Einfühlungsvermögen füreinander und für die Mitglieder unserer Partei. Mit 15 Jahren ist die Partei voll in der Pubertät angekommen. Streitigkeiten, gegenseitiges Unverständnis und manchmal auch respektloser Umgang miteinander – wir kennen es alle. Nur auf Augenhöhe und im Gespräch miteinander kann DIE LINKE stark ins Erwachsensein starten: „DIE LINKE muss polarisieren, aber nicht zwischen unten und noch weiter unten, sondern immer zwischen unten und oben!“ (Janine Wissler in ihrer Rede als Parteivorsitzende) Selten zuvor wurde DIE LINKE mehr gebraucht, selten zuvor stand DIE LINKE so unter Druck – doch können wir nur alle an uns selbst und alle anderen appellieren: Lasst uns gemeinsam am Ball bleiben.

Fortsetzung auf S. 4

BUNDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 3

Lasst uns die Vernünftigen, die Mutigen und die Ehrlichen stärken. DIE LINKE ist zu wichtig, als das wir sie den Schreihälsen und Unkenrufen überlassen dürfen. DIE LINKE ist als sozialistische Gerechtigkeitspartei für die 99% der Gesellschaft einfach zu notwendig, als dass wir uns von ihr abkehren dürften – es kann nicht sein, was nicht sein darf: „DIE LINKE hat nicht das Recht, sich mit sich selbst zu beschäftigen. Wir dürfen uns nicht gegenseitig ein Bein stellen, sondern wir müssen den anderen in den Arsch treten!“ (Bodo Ramelow in seiner Rede als Ministerpräsident Thüringens).

Ohnehin kann unser Spitzenpersonal nur ein Teil der Antwort auf die die Frage sein, wie wir uns aus dem Tief wieder heraus kämpfen. Entscheidend ist jetzt, dass der neue und auf 26 Personen verkleinerte Parteivorstand schnell ins Arbeiten kommt. Denn die Lage bleibt heikel, auch wenn der Parteitag Signale des Aufbruchs gesendet hat. Diese Signale müssen jetzt in eine Gesamtstrategie eingebettet werden. Aufbruch ist das Eine, wirkliche Konsequenzen, ein anderes politisches Agieren etwas anderes. DIE LINKE muss sich programmatisch schärfen. Viele Redner:innen betonten die besondere Rolle der LINKEN als einzige sozialistische Partei und Opposition im Bund. Doch was es für uns als Partei heißt, im 21. Jahrhundert sozialistisch zu sein, blieb ungenau. Der Leitantrag 01 zählt konkrete Projekte auf, wie DIE LINKE den sozial-ökologischen Wandel gestalten will. Demokratische Mitbestimmung in den Betrieben ausbauen, Transformationsräte bilden und Strategien für die Konversion fossiler Industrien erarbeiten – das sind nur einige Schwerpunkte des Antrags. Als parlamentarische Projekte sind sie wirklich gut überlegt und stellen konkrete Schritte über den Kapitalismus hinaus dar. Doch eine fundamental andere Vision der Gesellschaft, etwas mit dem sich Menschen begeistern lassen, können nur Produkte eines tiefergehenden internen Prozess der Partei sein. Und dieser Prozess muss auch mit sozialistischen Kräften außerhalb der Partei geführt werden, denn diese Kräfte sind das Potenzial der Partei.

Was bleibt am Ende von diesem Parteitag? War er das ersehnte Aufbruchssignal? Die ehrliche Antwort ist nein. Das ist aber ein kleines nein, denn das notwendige Aufbruchssignal konnte weder dieser noch irgendein anderer Parteitag leisten. ABER – und das ist ein großes ABER – dieser Parteitag in Erfurt kann als erster Schritt in die richtige Richtung in die Parteigeschichte eingehen. Und zwar dann, wenn er einen Prozess der Wiedergewinnung eigener Stärken, der Selbstvergewisserung der eigenen sozialistischen Überzeugungen und die Erstarkung eines auf Augenhöhe basierenden Miteinander auslöst. Die Verantwortung dafür liegt nicht allein beim neuen Parteivorstand, sondern bei uns allen – DIE LINKE, das sind wir!; also: Auf auf zum Kampf, zum Kampf – zum Kampf sind wir geboren.

Dr. Felix Baumert

Aufbruch. DIE LINKE wird gebraucht!

Die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern, Vanessa Müller und Peter Ritter, gratulieren dem neuen Führungsduo der Bundespartei. Es gilt nun, DIE LINKE gemeinsam wieder auf die Erfolgsspur zu bringen. Die Debatten auf dem Parteitag in Erfurt haben deutlich gemacht: Wir haben verstanden, dass Schluss sein muss mit der permanenten Selbstbeschäftigung. In einer Zeit wo über Nacht 100 Mrd. für ein gigantisches Aufrüstungsprogramm bereitgestellt werden, für eine Übergewinnsteuer für Krisengewinnler:innen aber der politische Wille fehlt.

Die Heizkosten drohen zu explodieren, statt Entlastung gibt es Tipps zum Sparen. In ihrem Beschluss „Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung“ machen die Delegierten des Parteitages deutlich, dass eine Trendumkehr zwingend notwendig ist. DIE LINKE verurteilte erneut deutlich die Aggression Russlands und erklärte sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Nichts rechtfertigt diesen Krieg. Für DIE LINKE heißt Frieden auch die Überwindung von Armut und Umweltzerstörung. DIE LINKE wird gebraucht. Den Aufbruch des Parteitages gilt es zu nutzen!

Gastbeitrag der russischen Professorin Oxana Timofeeva in Erfurt

Liebe Genossinnen und Genossen,
vielen Dank, dass ich heute im Namen der russischen Linken zu euch sprechen darf. Ich bin keine Politikerin und weiß nicht, wie man eine offizielle Ansprache hält. Doch mir ist schon klar, welch große Verantwortung ich trage. Nichts ist jetzt wichtiger für uns als internationale Solidarität und Unterstützung.

Am 24. Februar hat die russische Armee die Ukraine überfallen. Seit vier Monaten tobt dort ein Krieg, für den es keine Rechtfertigung gibt. Von diesem nicht erklärten Krieg zeugen Tausende Tote und Millionen Flüchtlinge, Krisen der Sozialsysteme, der Energie- und Lebensmittelversorgung, drohende Hungersnöte und der Zusammenbruch der Kultur.

In den internationalen Medien wird der Putinismus als eine Ausnahmeerscheinung, als Skandal und Unheil dargestellt, das man weder begreifen noch erklären kann. Doch die Geschichte kennt solche Fälle. Das deutsche Volk hat den Faschismus erlebt. Es schien, als sei diese Bedrohung gebannt und werde nie zurückkehren. Doch genau das ist vor unseren Augen geschehen – diesmal in Russland. Deshalb ist es für uns besonders wichtig, mit euch deutschen Genossinnen und Genossen zu sprechen. Wir teilen jetzt eine gemeinsame historische Erfahrung – jene der Tragödie des Faschismus, aber auch von Widerstand und Kampf.

Im Westen gibt es Leute, die Putin bis heute unterstützen. Sie glauben, er kämpft gegen den US-Imperialismus in Gestalt der NATO und will die UdSSR wiederherstellen. Leider haben sie keine Ahnung, was Putins Regime in Wirklichkeit darstellt, in welchem Maß es das Volk und die Arbeiterklasse unseres Landes unterdrückt und erniedrigt. Wichtiger noch: Sie denken nicht an das ukrainische Volk, das nun schon vier Monate lang von der russischen Armee zynisch und gezielt vernichtet wird. Putins Regime hat nur ein Ziel: um jeden Preis die Macht und die Privilegien einer kleinen Gruppe von Leuten zu sichern, denen alle Ressourcen unseres Landes zur Verfügung stehen. Das Streben nach Ausdehnung der Staatsgrenzen durch Ag-

gression gegen Nachbarländer gehört zur Politik des russischen Raubtierkapitalismus, der sich auf den Handel mit Öl und Gas stützt. Ein Imperialismus kann nicht mit Hilfe eines anderen Imperialismus besiegt werden. Auch ein Waffenstillstand ist unmöglich, denn zu den Bedingungen des Aggressors geschlossen, liefe er auf die Okkupation ukrainischen Territoriums durch russische Truppen hinaus. Der einzige Weg, diesen Krieg zu beenden, ist ein Sieg der Ukraine. Dafür braucht sie die konsequente Unterstützung anderer Länder, die Unterstützung der Europäischen Union.

Der Krieg in der Ukraine ist eine große Tragödie nicht allein für das ukrainische Volk, sondern auch für Belorussen und Russen. Viele von uns sehen den 24. Februar als einen Punkt, von dem es kein Zurück mehr gibt. Die Zahl der russischen Emigranten ist mit jener der ukrainischen Flüchtlinge durchaus zu vergleichen. Doch der Hauptunterschied besteht darin, dass die Ukrainer vor Krieg und Bomben flüchten, die ihre Städte und Dörfer in Schutt und Asche legen. Viele von ihnen wollen wiederkommen, wenn der Krieg ein Ende hat. Die Russen hingegen fliehen vor Terror, kollektiver Schuld und Scham; sie wollen alle Verbindungen zu Russland kappen, und kaum jemand hat die Absicht zurückzugehen.

Doch es gibt Menschen, die in Russland bleiben und weiterkämpfen – ungeachtet der Gefahr und der Verfolgung durch den russischen Staat. Wir sind zu Fremden im eigenen Land geworden, wo die Mehrheit, eingelullt von der Propaganda, sich um die Staatsmacht schart, deren Reichtum durch Blut, Öl und Gas weiter wächst. Unsere Genossen wandern einer nach dem anderen ins Gefängnis oder sehen sich gezwungen, das Land zu verlassen. Aber wir fühlen uns auch als Fremde in Europa und der ganzen Welt, wo man sich wegen unserer Nationalität von uns distanziert.

Als der Krieg begann, wandten sich mehrere Institutionen aus dem Westen von den russischen Antifaschisten und gegen Putin eingestellten Linken ab, darunter auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit der wir viele Jahre lang zusammengearbeitet haben. Unterstützung erhalten im Wesentlichen prominente Liberale, die noch bestimmte Ressourcen oder Privilegien besitzen, während vor allem gegen Basisaktivisten und junge Leute vorgegangen wird. Doch wir kämpfen weiter an unserer unsichtbaren Front und treten für die Werte ein, die uns wichtig sind: Feminismus, Antifaschismus, Antiimperialismus und Antikapitalismus. Wir tun das mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Wir glauben an eine neue Internationale, die diesem Krieg ein Ende setzen wird.

Morgen kehre ich nach Russland zurück, wo es ein Verbrechen ist, diesen Krieg einen Krieg zu nennen. Ich weiß nicht, wie sich die Dinge entwickeln und wie es für mich weitergeht, aber ich werde meinen Genossen und Freunden mit Freude von eurer Solidarität und eurer Unterstützung berichten.

Frieden für die Ukraine!
Freiheit für Russland!

VORSTELLUNG

Wir möchten uns als unabhängige Expertinnenkommission zur Aufklärung der Vorwürfe sexualisierter Übergriffe im Kontext der LINKEN vorstellen und um Vertrauen werben. An uns können Sie sich/kannst Du dich wenden, wenn Sie/Du selbst eine betroffene Person sind/bist, aber auch wenn Sie/Du unsicher sind/bist, ob Sie/Du eventuell betroffen sind/bist oder wenn Sie sich/Du dich für eine andere Betroffene melden möchten/möchtest oder Strukturen miterlebt haben/hast, die sexualisierte Gewalt ermöglichen bzw. nicht verhindern. Wir, Christina Clemm und Dorothea Zimmermann, arbeiten seit vielen Jahren als Straf- und Familienanwältin und als Psychotherapeutin einer Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt. Als solche sind wir Berufsgeheimnisträgerinnen, unterliegen damit der Schweigepflicht und haben gegenüber Gerichten ein Zeugnisverweigerungsrecht. Es bestehen zudem von uns keinerlei Abhängigkeiten oder Verbindungen zu der LINKEN.

Wir sehen es als absolute Notwendigkeit an, den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, vollkommen selbstbestimmt und vertraulich von ihren Erfahrungen zu berichten. Dies kann uns gegenüber sowohl (1) völlig anonymisiert in Bezug auf Betroffene und Täter*in sein, als auch (2) halb anonymisiert, sodass uns nur die Betroffene oder die beschuldigte Person bekannt ist, oder (3) mit Nennung aller Namen erfolgen. Gemeinsam überlegen wir, was mögliche nächste Schritte sein können. Wir werden Ihnen/Dir gegenüber dabei immer vollkommene Transparenz herstellen und natürlich nur solche Schritte unternehmen, die mit Ihnen/Dir abgestimmt sind. Wenn Sie/Du es nicht wünschen/wünscht, wird nichts an die Partei weitergeleitet. Wenn Sie/Du das möchten/möchtest, werden wir Handlungsempfehlungen an die Partei weitergeben.

Wir wissen, dass es oft einigen Mut braucht, um das Erlebte unbekannten Menschen zu berichten. Aber nur wenn die „Fälle“ aufgeklärt und besprochen werden, können die dahinter liegenden Strukturen aufgedeckt und verändert werden. Das kommt letztlich auch dem Anspruch der Partei und ihrer Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre feministische und intersektionale Ausrichtung zugute.

Sie/Ihr erreichen/erreicht uns unter kommissionlinke@posteo.de

AKTUELLES

Kanonen-statt-Butter-Minister

„Die Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen, doch Herr Lindner verfolgt starrsinnig die Einhaltung der Schuldenbremse. Wie weit kann man sich von den Sorgen der Menschen noch entfernen?“, kommentiert Gesine Lötzsch, stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Diskussion um den Bundeshaushalt 2023. Lötzsch weiter:

„Der Bundesfinanzminister schert sich einen Dreck um die Menschen, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Er will Finanzpolitik nach neoliberalem Lehrbuch machen. Wenn dieser Starrsinn von SPD und Grünen toleriert wird, dann wird die Inflation die Menschen noch härter treffen. Lindner lehnt ein gerechtes Steuersystem ab. Das führt zu schweren Verwerfungen in unserer Gesellschaft. Wir erleben die höchsten Preissteigerungen seit 40 Jahren, doch Herr Lindner speist die Inflationsopfer mit Almosen ab und schont die Vermögenden wie ein gelernter Vermögensverwalter.

Die bisherigen Entlastungspakete können nicht verhindern, dass arme Menschen noch ärmer werden. Wir brauchen einen wirksamen Preisdeckel für Mieten, Energie und Grundnahrungsmittel. Die Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer für Krisengewinnler könnten wir für die Finanzierung des Preisdeckels nutzen.

Wer jetzt behauptet, dass kein Geld mehr in der Bundeskasse sei, der will vergessen machen, dass die Ampel ein ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ über 100 Milliarden Euro beschlossen hat. Kanonen-statt-Butter hat die Menschen noch nie satt gemacht.“

POLITIK VOR ORT UND IM BUNDESTAG oder ZWEI SACHEN UNTER EINEM HUT

Als Bundestagsabgeordnete pendle ich zwischen Berlin und Mecklenburg – Sitzungswochen da, Wahlkreistermine hier. Mit nur noch zwei Abgeordneten der LINKEN aus MV, sind Dietmars und mein Betreuungsbereich sehr groß. Mit Bahn und PKW fahre ich von Dassow bis Dömitz, von Schönberg bis Teterow. Teurer Sprit und überfüllte Züge – ich erlebe es fast täglich. Und gerade daher macht es mich wütend, dass von den Entlastungspäckchen der Bundesregierung zwar Bundesminister wie Christian Lindner profitieren, die Rentnerin in Güstrow oder der Student in Rostock vom Energiegeld aber nichts abbekommen, dass der Tankrabatt für die vielen Pendlerinnen und Pendler in Mecklenburg-Vorpommern an der Zapfsäule kaum zu spüren ist.

Selbst der grüne Ernährungsminister Cem Özdemir spricht seit Wochen davon, dass angesichts der hohen Inflation die Lebensmittelpreise sinken müssen. Leider bleibt sich die Ampelkoalition hier wieder treu: geht es um atomwaffenfähige Kampfflugzeuge stehen plötzlich Milliarden bereit – geht es aber um wirksame Entlastungen für die Menschen, bleibt es bei Worten. Als Linksfraktion nehmen wir das nicht hin.

Deswegen habe ich mich als Ernährungspolitikerin mit dem Haushaltspolitiker Christian Görke zusammengesetzt. Gemeinsam haben wir einen knackigen Antrag eingebracht. Inhalt des Antrages ist, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf null Prozent zu senken. Anders als beim handwerklich schlecht gemachten Tankrabatt dringen wir hier darauf, dass die Entlastungen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch ankommen. Wir fordern daher auch eine wirksame staatliche Preiskontrolle. Der Handel darf sich daran keine goldene Extrawurst verdienen. Außerdem müssen die Hilfen schnell und unkompliziert kommen. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel kann das leisten. Wir werden sehen, wie die Ampelkoalition darauf reagiert.

Bisher wurden alle Anträge der LINKEN abgelehnt. So hatte ich in den Haushaltsverhandlungen leider vergeblich gefordert, an allen Schulen und Kitas eine kostenfreie gesunde und regionale Gemeinschaftsverpflegung zu finanzieren.

Vor Ort war ich in den letzten Wochen unter anderem beim Mustergut in Tellow.

Kinderfest in Schwaan

Das war einmal ein schöner Termin, weil das alte Thünen-Gut landschaftlich herrlich gelegen ist. Es war aber auch ein sehr interessanter Termin, denn dort wird nach Wegen gesucht, wie aus der konventionellen Landwirtschaft heraus ökologische Bewirtschaftung ermöglicht werden kann. Und nur so kann die sozial-ökologische Wende in der Agrarwirtschaft funktionieren, in dem alle mitgenommen werden, in dem allen gangbare Wege aufgezeigt werden.

Außerdem war ich in Schwaan und habe dort die Eröffnung eines neuen Kulturhofes der Genossin Maren Lüth mitgefeiert. Ihr Engagement hat mir wieder einmal gezeigt, dass gerade im ländlichen Raum wirklich viel Potenzial liegt. Als LINKE wollen wir diesen Einsatz nicht nur aktiv fördern, sondern Kommunen so ausstatten, dass die vielen Menschen mit Ideen vor Ort diese auch umsetzen können. Auch das Kinderfest in Schwaan war einfach toll. Die Basisorganisation hat zusammen mit dem Karnevalsverein Schwaan ein wunderbares Programm entwickelt und vielen kleinen und großen Kindern einen schönen Sonntag gemacht. Ohnehin habe ich mich die letzten Wochen viel mit Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Neben den Besuchen zahlreicher Kinderfeste (inklusive Kuchenbacken) habe ich auch auf mehreren Jugendweihen, zum Beispiel in Bad Doberan, „Jugendliche“ zu ihrem Weg ins Erwachsensein gratuliert.

Transparenz ist mir schon immer ein zentrales Anliegen. Wenn ihr meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis verfolgen wollt, könnt ihr das ganz einfach machen: auf Instagram und Facebook findet ihr mich als Ina Latendorf. Oder schaut einfach mal auf meiner Homepage www.ina-latendorf.de vorbei. Eine dritte Möglichkeit ist, dass ihr mich einfach einmal in Berlin besucht, und zwar über eine Besuchsfahrt. Wenn ihr daran Interesse habt, meldet euch gerne einfach bei meinem Mitarbeiter, Felix Baumert, unter ina.latendorf.ma03@bundestag.de oder telefonisch unter der 0151 7017 1157.

Eure Ina Latendorf

BERICHT VOM KREISPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Die anschließende Generaldebatte fiel mal wieder sehr kurz aus, trotz des enormen Gesprächsbedarfs in der LINKEN. Holger Möller begründete für den Stadtteilverband Nordost die Ablehnung des Leitantrages (siehe unten). So seien die Einwände des Stadtteilverbandes nicht berücksichtigt worden. Dazu kann man sagen, dass der Kreisvorstand um konkrete Vorschläge gebeten hatte, nicht um eine Generalkritik am Zustand der Partei. Auch eine Rückbesinnung auf die DDR dürfte mehr als 30 Jahre nach deren Ende keine Option für die Arbeit der Partei sein.

Dann ging es an die Wahl der Gremien. Die Kandidat*innen für den Kreisvorstand überzeugten allesamt mit ihren Bewerbungsreden. Für den Kreisvorsitz bewarben sich Nurgül Senli und Karsten Kolbe. Nurgül ist seit 2007 Parteimitglied, zog 2010 aus Wuppertal nach Groß Klein und ist heute stv. Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion. Sie arbeitet als Gewerkschaftssekretärin bei der EVG und möchte ihre Erfahrungen aus dieser mitglieder- und kampagnenorientierten Arbeit in den Kreisvorstand einbringen. Ihr Klassenbewusstsein erwuchs aus eigenen Diskriminierungserfahrungen, als Kind einer kurdischen Arbeiterfamilie biss sie sich im Bildungssystem durch – von der Hauptschule bis zum Promotionsstudium. Nurgül erhielt auf dem Parteitag 39 Ja- und zwei Neinstimmen sowie eine Enthaltung.

Karsten Kolbe begann seine Vorstellung mit einem Rosa-Luxemburg-Zitat: „Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.“ Er möchte, dass die Partei aus der Corona-Lethargie erwacht und persönliche Egoismen zurückgestellt werden, denn DIE LINKE brauche es stärker denn je. Geschlossen müsse die Partei linke Antworten auf Armut, Coronakrise und Klimawandel finden. Die Rostocker LINKE sei in einem guten Zustand und fest verankert in der Stadtgesellschaft. Durch konkrete Erfolge in der Kommunalpolitik beweise die Partei ihren Gebrauchswert. Das nächste Ziel sei ein starkes Abschneiden bei der Kommunalwahl 2024, sagte der Geschäftsführer unserer Bürgerschaftsfraktion. Mit 40 Ja- und zwei Neinstimmen wurde Karsten zum Co-Kreisvorsitzenden gewählt.

Ihnen zur Seite stehen als stv. Vorsitzende die Studentin Sara Klamann und Hannes Möller. Sara ist ehrenamtlich in der Hochschulpolitik und beim Weißen Ring engagiert, konnte aber auch durch die Arbeit im Kreisvorstand, Landesvorstand und im Landessprecherrat des Jugendverbandes bereits Erfahrungen sammeln. Sie will, dass der Kreisvorstand mit Projektarbeit mehr in Erscheinung tritt und politische Bildungsveranstaltungen organisieren. Hannes ist seit 2014 sachkundiger Einwohner für unsere Bürgerschaftsfraktion (Kulturausschuss), Mitglied im Ortsbeirat Stadtmitte sowie seit 2020 Mitglied im Kreisvorstand. Der Vorsitzende des Stadtteilverbandes Mitte nimmt sich vor, die Gremien im Kreisverband besser zu vernetzen. Die linken Mitglieder der Ortsbeiräte sollen in ihren Stadtteilverbänden bekannter werden.

Der neue Kreisvorstand

Neu in den Kreisvorstand wurden gewählt:

Emma Brauer, Studentin der Sonderpädagogik und Germanistik. Sie ist in der Arbeit täglich mit den Schwächsten der Gesellschaft konfrontiert, setzt sich für die Inklusion von Menschen mit Behinderung ein.

Lisa Kranig, Lehrerin. Sie ist die Vorsitzende des Kulturausschusses und arbeitet in der Bürgerschaftsfraktion an einer linken Vision für die ganze Stadt.

Jutta Reinders, Gewerkschafterin. Jutta ist ebenfalls Mitglied der Bürgerschaft, war schon einmal stv. Kreisvorsitzende und möchte ihre Erfahrungen in den neuen Vorstand einbringen.

Fiona Richter, Studentin. Sie stammt aus Hamburg und sammelte Erfahrungen in der Beratung für Migrant*innen und Arme.

Marc Borkowski, in der Umschulung zum Mediengestalter. Aus Berlin kam er 2017 nach Rostock, gestaltet derzeit das Lütten Kleiner Blättchen. Er möchte sich der Digitalisierung im Kreisverband widmen.

Philipp Leist, schreibt an seiner Abschlussarbeit in VWL. Er ist Vorsitzender des Landesausschusses und Mitglied im Bundesausschuss. Er wird an einer besseren Kommunikation im Kreisverband arbeiten und einen engen Kontakt zur Basis sicherstellen.

Martin Raspe, in der Umschulung zum Bürokaufmann. Er ist kommissarischer Vorsitzender des Ortsbeirates Lütten Klein.

Julius Richert, Student. Der 21-jährige ist studentischer Prorektor.

Paul Steingräber, Sozialassistent an der Borwinschule und vielfältig ehrenamtlich engagiert.

Das ist der neue Kreisvorstand. Nicht mehr angetreten waren neben Eva und Carsten auch Christian Albrecht, Maren Haase, Roswita Zeitel und Christopher Köhn. Ihnen sei genauso gedankt wie Jakob Schranck.

Marlis Schröder wurde einstimmig in ihrem Amt als Kreisschatzmeisterin bestätigt, nachdem sie schon vorher einen teuren Blumenstrauß als Dankeschön überreicht bekommen hatte. In die Finanzrevisionskommission wurden Merve Hähnel, Roswita Zeitel und Hans-Jürgen Donner gewählt.

Dem neuen Kreisvorstand viel Erfolg! Die OB-Wahl am 6.11. wird die erste Bewährungsprobe sein.

Die Delegierten beschlossen einstimmig eine Satzungsänderung, wonach Kreisparteitage in Zukunft auch als Gesamtmitgliederversammlungen abgehalten werden können.

Carsten Penzlin

Lest dazu auch die folgenden Seiten.

ROSTOCKER KREISPARTEITAG

Beschluss: DIE LINKE in Rostock – gestärkt in den Kommunalwahlkampf!

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Hansestadt Rostock bedankt sich herzlich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten, bei allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern sowie bei allen Unterstützer*innen, die zur Landtags- und Bundestagswahl engagiert und motiviert für die gute Sache eingetreten sind. Nur gemeinsam können Wahlkämpfe vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet werden. Dieses gemeinsame Handeln wollen wir uns bewahren und es stärken.

Angesichts der enttäuschenden Wahlergebnisse für DIE LINKE bundesweit, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, muss unsere Partei ihre Potenziale konsequent erschließen, um als demokratisch-sozialistische Alternative zu bestehen. Dazu werden wir in unserem Kreisverband einen Beitrag leisten. Die Wahlergebnisse in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock haben uns einerseits bestätigt, dass wir als LINKE eine wichtige Rolle spielen in dieser Stadt. Andererseits haben auch wir Verluste zu verzeichnen, die sich keinesfalls verstetigen dürfen.

Aber auch wir müssen uns ehrlich machen: die Leistungsfähigkeit im Haupt- und Ehrenamt sinkt. Unser Kreisgeschäftsführer betreut mittlerweile zwei Kreisverbände. Die vielen, teils sehr fordernden Aufgaben, verteilen sich auf immer weniger Schultern. Wir werden es nicht mehr schaffen, zentral „von oben“ alles durchzuorganisieren oder sämtliche Strukturen auf einem guten Niveau zu erhalten. Wollen wir die Aktiven nicht überlasten, müssen wir uns überlegen, wie wir unsere Kräfte und Ressourcen am sinnvollsten einsetzen. Das bedeutet, dass wir unsere Abläufe und Strukturen kritisch hinterfragen, und wo nötig, Anpassungen vornehmen müssen. Ziel muss es sein, Strukturen und Angebote zu schaffen, die die Einzelnen aktivieren und es ihnen ermöglichen Prozesse von unten, statt von oben anzustoßen. Wir sind eine Mitgliederpartei und wir müssen somit alles versuchen und uns so aufstellen, dass wir die Potenziale der Mitgliedschaft bestmöglich erschließen können. Denn eines muss klar sein: versuchen wir einfach so weiterzumachen wie bisher, werden wir in den kommenden Jahren vor erheblichen Problemen stehen, die wir dann nicht mehr lösen können werden.

Diese Prozesse müssen wir zügig abschließen und die richtigen Schlüsse ziehen. Denn unser wichtigstes Ziel muss es sein, bei den Kommunalwahlen 2024 wieder stärkste Kraft zu werden. Auch hierzu werden wir frühzeitig Debatten über Strategien, Inhalte und Kandidaturen führen.

Im Frühjahr 2022 sprechen wir auf einer Konferenz über die Vorbereitung der Kommunalwahlen: Veranstaltungsformate, erste Inhalte, Weiterbildungen für zukünftige Bürgerschaftskandidat*innen, Jugendkampagne, Social Media, Printformate usw. Wir wollen bestmöglich vorbereitet sein und bereits zwei Jahre vor der Kommunalwahl in den Wahlkampf starten. Auf Grundlage der Ergebnisse der Frühjahrskonferenz bildet sich ein durch den Kreisvorstand zu beschließendes „Wahlaktiv“, in dem alle interessierten Genoss*innen mitarbeiten können.

Im Juni feierte die Rostocker LINKE den 15. Geburtstag der Partei

Am Abend grillten wir im Stadthafen

Grundlage aller Vorhaben ist ein handlungsfähiger und schlagkräftiger Kreisverband. Uns ist bewusst, dass wir sowohl etablierte Problemlagen als auch neue Chancen aufzuweisen haben. Zur Stärkung der Strukturen unseres Kreisverbandes beschließt der Kreisparteitag DIE LINKE. Rostock Folgendes:

1. Unsere jetzigen Mitglieder der Bürgerschaft der Partei DIE LINKE sowie alle zukünftigen Kandidat*innen engagieren sich in der Partei und beteiligen sich am Parteileben. Die Mitgliedschaft in der Bürgerschaft soll einhergehen mit einer Beziehung zur Partei DIE LINKE.
2. Unsere Mitglieder in den Ortsbeiräten halten Kontakt zu ihren Stadtteilverbänden, z.B. durch Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und eine dortige Berichterstattung. Umgekehrt nehmen Mitglieder unserer Partei als Gäste an Ortsbeiratssitzungen teil, beteiligen sich an den Diskussionen und greifen Probleme des Stadtteils für die eigene politische Arbeit auf.
3. Der Kreisvorstand erarbeitet gemeinsam mit der Fraktion in der Bürgerschaft ein Format für den regelmäßigen Austausch aller linken Ortsbeiratsmitglieder.
4. Mit Blick auf die Neuwahl der Ortsbeiräte 2024 beginnen die Stadtteilverbände bereits jetzt mit der Suche nach potenziellen Kandidat*innen.
5. Mitgliederwerbung hat für uns oberste Priorität. Wir schauen in unserem Umfeld, wen man für die Partei gewinnen könnte.
6. Der Kreisvorstand erarbeitet ein verbindliches Verfahren zum Umgang mit Neumitgliedern. Wir wollen ihre Interessen erfahren und ihnen Wege zum politischen Engagement aufzeigen. Eine Arbeitsgruppe erstellt einen Leitfaden „Wie funktionieren Kreis- und Landesverband, wie funktioniert Kommunalpolitik in Rostock?“
7. Wir suchen den Kontakt zu inaktiven Mitgliedern, ohne aufdringlich zu sein. Der Kreisvorstand wird über entsprechende Formate entscheiden.
8. Zweimal im Jahr finden Mitgliederversammlungen in lockerer Atmosphäre statt – zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch. Die Kreisgeschäftsstelle wird diese Treffen organisieren.
9. Regelmäßige Stammtische ermöglichen einen kontinuierlichen Kontakt. Die Kreisgeschäftsstelle sowie bereits aktive Stammtische unterstützen Genossinnen und Genossen bei der Gründung neuer Stammtische.
10. Wir pflegen eine niveauvolle Debattenkultur in allen Gremien und Versammlungen. Dort wird auf die Interessen von Neumitgliedern ein besonderes Augenmerk gelegt. Neumitglieder sind keine „Lehrlin-

ge“, sondern vollwertige Mitglieder. Wir begegnen ihnen auf Augenhöhe. Sie werden schnell in die Leitungstätigkeit der Stadtteilverbände einbezogen. Die Treffzeiten an der Basis nehmen Rücksicht auf junge und berufstätige Mitglieder.

11. Stadtteilverbände verstärken die Zusammenarbeit mit benachbarten Stadtteilverbänden, z.B. durch gemeinsame Veranstaltungen. Stadtteilversammlungen öffnen sich für Parteilose. Die Stadtteilverbände suchen die Kooperation mit Vereinen und Verbänden (z.B. die Volkssolidarität). Der Kreisvorstand erarbeitet mit den Stadtteilsprecher*innen einen Leitfaden, wie die Arbeit in den Stadtteilen strukturiert ist und welche Aufgaben es gibt.

12. Wir erstellen einen Jahreskalender, der stetig aktualisiert wird und per Kreisverteiler an die Mitglieder verschickt wird. Für alle interessierten Mitglieder bieten wir eine digitale Plattform zur Kommunikation an, um über wichtige Termine und dringende Angelegenheiten zu informieren.

13. Wir nehmen an Gedenkveranstaltungen teil (27.1., 8.5., 2. Sonntag im September, 10.11.).

14. Wir nutzen verstärkt die Bildungsangebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir entwickeln in Zusammenarbeit mit der Stiftung eigene Bildungsformate. Neumitglieder nutzen Angebote der Stiftung zur Einführung in die Grundlagen linker Politik.

15. Wir setzen die Haustürgespräche fort.

16. Die Stadtteilverbände unterstützen die Wahlkreisarbeit unserer Abgeordneten.

17. Wir arbeiten aktiv in außerparlamentarischen Bewegungen und Vereinen mit und werben in der Partei für deren Ziele. Wir organisieren einen Austausch unter unseren Aktiven, um gemeinsam zu lernen.

18. Wir verstärken unsere Aktivitäten in den sozialen Netzwerken. Zu diesem Zweck erstellen wir eine Mediathek mit aktuellen Sharepics, Memes, etc. zum Teilen auf Facebook, Instagram etc.

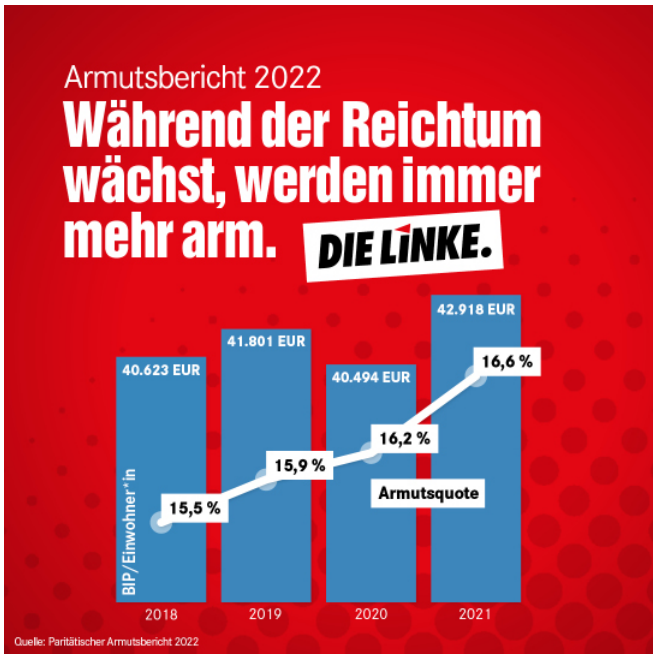
19. Wir prüfen die Anschaffung von Jacken mit Parteilogo zur Erhöhung der Wiedererkennbarkeit bei Aktionen in der Öffentlichkeit.

20. Statt auf Kreisparteitage stellen wir nach der nächsten Wahlperiode auf Gesamtmitgliederversammlungen um.

Der Kreisvorstand wertet jährlich den Stand der Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen aus und informiert den Kreisparteitag hierüber.

Bericht des scheidenden Kreisvorsitzenden Carsten Penzlin – Zusammenfassung

Zwei Jahre Versagen der Exekutive und Legislative in der Corona-Politik haben wir nicht für uns ausnutzen können; im Gegenteil, wir haben kräftig an Zustimmung in der Gesellschaft verloren, weil niemand weiß, wofür wir stehen bei Dingen, über die in der ganzen Gesellschaft diskutiert wird, ob es um Impfungen geht oder um den Ukrainekonflikt. Wir selber sind vielleicht stolz auf unsere offene Debattenkultur, aber wie kommen wir bei den Menschen



an? Als ein vielstimmiger Chor mit vielen interessanten Solisten, oder als ein zerstrittener Haufen? Wenn wir auf die Umfragen schauen, in denen wir bei 3 bis 5 % bundesweit liegen, dann liegt die Antwort auf der Hand.

Lasst uns gemeinsam nach Wegen zu einem Comeback der Linken suchen, ohne nach Entscheidungen von Verrat zu sprechen oder mit Spaltung zu drohen. DIE LINKE hat nach wie vor Potenzial, es liegt

bei 18% der Wählerinnen und Wähler. Das belegt die Studie eines Meinungsforschungsinstituts; in den nächsten Jahren müssen wir dieses Potenzial erschließen. Besonders groß ist das Potenzial bei den Geringverdienern: Die Kosten für Krisen der Gegenwart und Zukunft dürfen nicht von den kleinen Leuten getragen werden. Vielleicht ist das nach dem Widerstand gegen Hartz-IV vor fast 20 Jahren das nächste große Projekt für DIE LINKE, das uns auch das politische Überleben sichern kann.

Wir haben im vergangenen Jahr 20.000 Exemplare unseres Rostokker Sozialkompasses in einigen Stadtteilen verteilt. Eine Genossin aus Dierkow schrieb mir damals, dass wir uns damit lächerlich machen, dass der Sozialkompass keinen praktischen Nutzen für die Menschen hat und auch unser Profil nicht stärkt. Ich denke hier irrt die Genossin. Ihr wisst ja, dass in den Plattenbauten enorm viel Potenzial für unsere Partei schlummert; mit Agitation und Propaganda müssen wir den meisten Menschen dort nicht kommen, aber praktische Hilfe für den Alltag in einer wenig solidarischen Gesellschaft wird von manchen sicher dankbar angenommen. Entsprechende Reaktionen gab es jedenfalls im Wahlkampf. Ich würde mich freuen, wenn der Sozialkompass in einer aktualisierten Auflage auch im Kommunalwahlkampf eine Rolle spielen wird.

Unsere Partei wird von manchen Leuten als Lifestyle-Linke verhöhnt, die sich nicht mehr um soziale Themen kümmert. Was für ein Schwachsinn. Wenn wir auf dem Christopher-Street-Day präsent sind und für eine bessere finanzielle Ausstattung queerer Strukturen sorgen, wenn wir die jungen Klimaaktivisten von *Fridays for Future* unterstützen, dann stellen wir uns den Diskussionen, die in der Gesellschaft geführt werden, das müssen wir doch. Und es hindert uns überhaupt nicht daran, gleichzeitig für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu streiten. Das eine schließt doch das andere nicht aus. Wenn natürlich führende Köpfe unserer Partei von skurrilen Minderheiten sprechen und Lügen über die Partei verbreiten, dann macht das Eindruck im Volk – das ist ein Teil unseres Problems.

Was können wir noch vor Ort tun? Wir können inhaltlich überzeugen mit unserer Kommunalpolitik, und wir können die Partei als Organisation attraktiver machen für alle, die sich politisch engagieren wollen. Damit aktivieren wir das vorhandene Potenzial im Kreisverband und holen neue Mitglieder in die Partei. Dazu dient unser Leitantrag.

Fortsetzung auf S. 10

ROSTOCKER KREISPARTEITAG

Fortsetzung von S. 9

Unser Kreisverband hatte im vergangenen Dezember 578 Mitglieder, das waren drei mehr als im Jahr zuvor. Im Wahljahr hatten wir 41 Neueintritte. In Wahljahren sieht es immer besser aus als sonst, aber trotzdem muss man das erstmal schaffen. Unser Ziel muss es sein, in jedem Jahr sehr viele Neumitglieder zu gewinnen, sie zu halten und in die Parteiarbeit zu integrieren. Und bei aller Bescheidenheit kann ich sagen, wir können mit Blick auf das vergangene Jahrzehnt einige Erfolge vorweisen. Es war immer unser Ziel, neue Mitglieder entsprechend ihrer Interessen und Fähigkeiten mit Aufgaben zu betrauen. Damit gelang die Erneuerung in einigen Stadtteilvorständen, im Hansaviertel, in der Südstadt, im SV Mitte, in Evershagen. Der Kreisvorstand ist offen für unerfahrene, aber motivierte Kandidierende, so auch heute. In Projekt-Arbeitsgemeinschaften haben wir an Projekten getüftelt. In den Ortsbeiräten und als sachkundige Einwohner für die Bürgerschaftsfraktion wurden erste Erfahrungen gesammelt. Und wenn im Leitantrag steht, dass unsere Kommunalpolitiker eine enge Beziehung zur Partei haben sollen, dann kann ich sagen, in der Regel ist das auch so.

Im letzten Teil meiner Rede möchte ich Danke sagen. Ich möchte mich bei unserem Jugendverband bedanken, der bei vielen Gelegenheiten eine verlässliche Stütze war, der aber auch von sich aus viele Aktivitäten angestoßen hat. Ihr seid toll. Wir bedanken uns bei der Redaktion des Lütten Kleiner Blättchen, vor allem bei Christine Weise, für die kontinuierliche Arbeit. Ein großes Dankeschön auch an Willy Haag, der für Reutershagen ebenfalls einige Ausgaben zuwege gebracht hat.

Wir danken Maren Haase für ihre Arbeit als Geschäftsführerin der Bürgerschaftsfraktion und gleichzeitig für ihr langes ehrenamtliches Engagement in Kreisvorständen und auf Kreisparteitagen. Wir danken Regine Lück, die als Präsidentin der Bürgerschaft bei so vielen Anlässen in der Stadt selbstbewusst die linke Fahne hochhält. Gleiches gilt für unseren Sozialsenator Steffen Bockhahn. Wir danken Sandro Smolka für seine Arbeit als Landesgeschäftsführer, die er im November beendet hat. Wir danken dem Genossen Klaus Röber dafür, dass er mit beispiellosem Elan der Senioren AG stets neues Leben einhaucht. Wir danken auch den Stadtteilsprecherinnen und Stadtteilsprechern für ihre Arbeit. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in der Geschäftsstelle unseren Laden am Laufen halten, die Wahlkämpfe organisierten und manchmal sich einfach nur die Zeit für ein Gespräch mit Besuchern nahmen.

Ein besonders großes Dankeschön geht an unsere Schatzmeisterin Marlis Schröder. Wenn jemand gute Arbeit leistet, zuverlässig ist und immer den Menschen zugewandt, dann wird das viel zu leicht als selbstverständlich hingenommen. Das ist es aber nicht: Mit unserer Schatzmeisterin haben wir einen großen Schatz im Kreisverband. Wir sagen: „Danke Marlis für deine langjährige Tätigkeit als Mitarbeiterin der Geschäftsstelle, du bist nun rein ehrenamtlich als Schatzmeisterin für den Kreisverband tätig, hoffentlich noch sehr lange."

Mit großer Dankbarkeit denke ich auch zurück an die Zusammenarbeit mit Mitgliedern, die uns in den vergangenen zwei Jahren leider verlassen haben: u.a. waren dies Ilse Gotthardt, Christian Pahlig, Manfred Adam, Georg Godewols, Manfred Jatzlauk, Herbert Würzner, Frank Oertel, Anneliese Schulz, Martina Bunge und Michael Kluge, der viel zu jung gestorben ist. Abschiede gehören leider zum Leben dazu, aber es sollte uns trösten, dass immer wieder neue Mitglieder unseren Kreisverband bereichern.

12 Jahre im Kreisvorstand waren für mich auch ein ständiger Quell neuer Begegnungen mit anderen Menschen, ich habe diese Zeit sehr genossen und unglaublich viel gelernt. Ich wünsche nun dem neuen Kreisvorstand viel Erfolg und Spaß bei seiner Arbeit, die ich gerne, wann immer es möglich ist, unterstützen werde. Ich danke euch für alles und hoffe, dass wir noch möglichst viele Jahre gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen werden.

NACHRUF

Dr. Martina Bunge (1951-2022)

Wir nehmen Abschied von Dr. Martina Bunge. Im Juni hat sie in der Ostsee ihre letzte Ruhe gefunden. So war es ihr Wunsch.

Martina war über Parteigrenzen hinaus anerkannte Sozialpolitikerin. Von 1998 bis 2002 war sie Sozialministerin in der ersten roten-roten Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Bis 2005 war sie Mitglied des Landtages und anschließend bis 2013 Mitglied des Bundestages - von 2005 bis 2009 Vorsitzende des Gesundheitsausschusses. Von 1996 bis 2000 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der damaligen PDS Mecklenburg-Vorpommern.

Sie engagierte sich besonders für eine solidarische Gesundheitsversorgung und die Anerkennung der Lebensleistung Ostdeutscher. Als Rentenexpertin setzte sie sich bis zuletzt für die Belange derer ein, die nach der deutschen Einheit um ihre gerechte Rente ringen mussten. Eine gerechte Altersversorgung für alle war dabei ihre Motivation.

Martina war immer zuverlässig, engagiert, solidarisch mit dem Herz am rechten Fleck.

Wir werden Martinas Andenken in Ehren behalten.

WIR SETZEN DEN KOALITIONSVERTRAG UM

Wahlalter 16 bei Landtagswahlen kommt!

Zum Gesetzentwurf zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes erklärt der jugendpolitische Sprecher der Linksfraktion, Christian Albrecht:

„Endlich wird das Wahlrecht ab 16 Jahre auch bei Landtagswahlen gesetzlich verankert. Damit wird nicht nur die Ungleichbehandlung junger Menschen bei Kommunal- und Landtagswahlen überwunden. Es ist auch ein enorm wichtiger Schritt, um die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen zu stärken. Sie brauchen Mitspracherecht, denn viele politische Entscheidungen wirken sich in Gegenwart und Zukunft der heutigen Jugend aus. Da ist es nur folgerichtig, sie mitbestimmen zu lassen.

Auch 16- und 17-Jährige verfügen über die notwendige Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit, die ein aktives Wahlrecht erfordert. Ich bin überzeugt, dass die jungen Wählerinnen und Wähler sehr verantwortungsbewusst mit ihrem Recht umgehen werden.“

Ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern: Frauentag wird Feiertag

Zum Gesetzentwurf der Links- und SPD-Fraktion zur Änderung des Feiertagsgesetzes erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Elke-Annette Schmidt:

„Heute ist ein guter Tag für Mecklenburg-Vorpommern. Der Frauentag wird ab 2023 Feiertag. Nach der bis heute anhaltenden Blockade durch die CDU gelingt es endlich, dem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen der Gleichstellung der Geschlechter die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu schenken.

Die herausragende Bedeutung des Frauentags als Gedenk- und Feiertag sowie Aktionstag für mehr tatsächliche Gleichstellung ist unbestritten. Das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit, wofür der 8. März steht, ist auch ein wichtiges Zeichen der Demokratie. Alle Menschen sollen frei von Diskriminierung und hemmenden Rollenklischees, frei von Sexismus und Gewalt leben und sich entfalten können. Ein Feiertag nutzt allen in der Gesellschaft zur Pflege sozialer Kontakte und für gemeinsame Unternehmungen. Er stärkt den sozialen Kitt, unterstützt die Gesundheit und das Wohlbefinden aller.

Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit den wenigsten Feiertagen. Beschäftigte hierzulande haben im vergangenen Jahr im Bundesschnitt 55 Stunden länger gearbeitet – und das bei 20 Prozent weniger Lohn. Ein weiterer Feiertag kann und wird dieser Ungerechtigkeit ein Stück weit entgegenwirken.“

Gebührenfreier Hort ist für Familien mit Kindern enorm wichtig

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Jeannine Rösler:

„Die rot-rote Landesregierung ist heute pünktlich zum Ferienbeginn einen enorm wichtigen Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit gegangen. Sie hat den gebührenfreien Ferienhort im KiföG verankert. Für alle Eltern, die auch in den Ferien arbeiten und ihre Kinder im Hort betreuen lassen, wird die Familienkasse entlastet und Druck aus dem Arbeitsalltag genommen.

Genau diese Familien haben die Fraktionen von CDU/ B90 Grüne und FDP offenbar nicht im Blick. Anders ist ihre Kritik am Gesetzentwurf und ihr Herumreiten auf der Betreuungsqualität nicht zu verstehen. Diesen Standpunkt muss man sich leisten können. Das Rumgeeiere von CDU/B90 Grüne und FDP hilft weder den Eltern noch den Kindern.

Ein Blick in den Haushalt hätte genügt, um zu erkennen, dass die Koalition längst in mehr Qualität investiert. Das Personalproblem wird etwa mit der Fachkräfteoffensive und der Einführung eines landesweiten Mindestpersonalschlüssels in Angriff genommen, und perspektivisch wird auch die Fachkraft-Kind-Relation verbessert.“

LYRIK

Sommer *(von Janina Niemann-Rich)*

Salzwogenschaum
An jahrtausendaltem Muschelkalk
gereift zu feinsandigem Weiß

Sommertag *(von Janina Niemann-Rich)*

Sandperlenhaut
verträumt durch Wimpern
horizontblau

Strand gut *(von Janina Niemann-Rich)*

Feenwind
berauschende Musik
mein Ostseesommer

BERICHT AUS DER BÜRGERSCHAFT

Am Mittwoch den 22.06. tagte die Rostokker Bürgerschaft wieder seit langer Unterbrechung im Rathaus. Nach der Klärung der Formalien begrüßte die Präsidentin Regine Lück die Einwohnerin Frau Lues. Welche nun unermüdlich regelmäßig am Montag auf dem Neuen Markt für eine Beendigung der Corona-Angst- und -Panikpolitik demonstriert.

Demokratie falsch gedacht

Frau Lues fing mit einer rhetorischen Frage an, ob die Abgeordneten wissen, was die Bürger dieser Stadt über sie denken. Da sie die Antwort kenne, forderte sie die Bürgerschaftsabgeordneten auf, eine dauerhafte Einrichtung in Form einer öffentlichen Bürger-Frage-Runde zur aktuellen Kommunalpolitik zu beschließen, damit die Abgeordneten wissen, was die Bürger denken. Ironischerweise meint Frau Lues nicht die Meinung von großen Teilen der Gesellschaft, welche die Coronamaßnahmen nörgelnd ertragen, sondern ihre Kräfte, welche aktiv gegen die rechtsstaatliche Ordnung im Staat und deren Vertreter demonstrieren. Nur mit dem von Frau Lues vorgeschlagenen Weg könne der Spaltung der Gesellschaft entgegengewirkt werden.

Eva-Maria hat geantwortet und widersprach ihr freundlich, dass die Bürgerschaftsabgeordneten schon wissen, was die Menschen in dieser Stadt denken und fordern. Denn als ehrenamtlicher Abgeordneter tut man alles für die Bürger in der Stadt. Man nimmt in seiner Freizeit immer wieder viele Termine wahr, um mit den Bürgern zu reden und sich auszutauschen. Dafür ist sie persönlich und alle Mitglieder unserer Ortsbeiräte, Ausschüsse und unserer Fraktion immer erreich- und ansprechbar. Daher verurteilte Eva-Maria zu Recht die gezielte Polarisierung und Polemik ihrer Person durch die Gruppe von Frau Lues.

Senator Bockhahn meldete sich auch noch zu Wort. Zunächst bedankte er sich bei den Mitarbeitern des Stadtamtes, welche trotz der vergangenen zwei schwierigen Jahre immer das Recht auf Demonstration gewährleistet haben. Er bedankte sich bei der Polizei Rostock, welche jeden Montag ihre Demos sichern. Steffen bedankte sich auch bei den Frauen und Männern dieser Stadt, denn diese beweisen ihm täglich, dass, wer am lautesten ist, nicht immer Recht hat. Auch bemängelte er, dass ihre sogenannte Friedensbewegung dutzende Mitarbeiter der Stadt und Lehrerinnen und Lehrer mit Strafanzeigen überhäuft habe. Denn dieser Weg, so Bockhahn resümierend, sei keine Art einen Dialog zu beginnen und zu führen. Es folgten große Zustimmungsbekundungen für seine Rede.

Damit endete die Bürgerfragestunde und die Bürgerschaft befasste sich nun mit der Tagesordnung. Den Anfang machte das Personalroulette. Für unsere Partei rückt in den Ortsbeirat Toitenwinkel unser frisch gewähltes Kreisvorstandsmitglied Emma-Sophie Brauer nach. Wir wünschen viel Freude und Erfolg in ihrem neuen Aufgabenbereich!

Konzentrierte Anstrengung

Das große Thema des Abends ist natürlich die BUGA. Als unser gewählter Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen am 10. Juni dieses Jahres das Ende dieser umstrittenen Großveranstaltung empfahl, war die Aufregung in der Stadtgesellschaft enorm. Eine Risikoanalyse hat ergeben, dass die BUGA mit all ihren Projekten erstens deutlich teurer wird als veranschlagt und auch ergab sie, dass viele Großprojekte für die BUGA, nach heutigem Stand, gar nicht rechtzeitig fertig werden könnten. Daher empfahl der OB nochmals in seiner Auftaktrede, dass 2025 nicht mehr die BUGA wichtigstes Ziel sei, sondern die Stadtentwicklung der Hansestadt. So sei für ihn immer noch wichtig, dass der Hafen verschönert werden soll, dass das Landesmuseum, die Brücke und das geplante Muster-Wohnquartier realisiert werden sollen und dass die Bürgerschaft all ihre Anstrengungen nun darauf zu konzentrieren habe.

Die Vorsitzende des BUGA-Ausschusses Jana Blaschka von der UfR kritisierte den entstandenen Imageschaden für Rostock und bemerkte in ihrer Rede in einem Nebensatz, dass unser Bürgermeister das Projekt so gut wie gar nicht unterstützte. Sie vermutet hinter der Absage politische Hintergründe, da in zwei Jahren viel gewählt wird.
Aber sie hoffe, auch für Madsen, dass zur Wiedergutmachung viele Projekte in seiner Amtszeit umgesetzt werden.

Eva-Maria Kröger sprach für unsere Fraktion und merkte an, dass sich niemand darüber freue, dass das Thema BUGA für Rostock so endete. Und Eva stellte die berechtigte Frage: Wie konnte das passieren? Eine Frage, die auch an die Landesregierung gestellt wird. Denn diese änderte ihr Verhalten schlagartig, als es zu Problemen kam. Aus langfristiger Unterstützung wurden aus Landesregierungssicht unverständlicherweise Forderungen nach schnellen Lösungen.

Eva stellte zu Recht fest, dass wir uns als Stadt viel zu viel vorgenommen haben. Und dass wir uns mit der heutigen Sitzung immer noch sehr viel vornehmen wollen. Lange wollte man die Risiken dieses Projektes nicht sehen. Daher forderte sie die Bürgerschaft zu Einsicht auf. Dass es Zeit wird, so Eva weiter: „dass wir begreifen, dass wir nicht Little Berlin oder Small Kopenhagen sind. Sondern vielleicht versuchen wir einfach mal, die größte Stadt in Mecklenburg-Vorpommern zu sein.“ Daher sei es ein guter Weg, dass die Bürgerschaft lernt zu begreifen, was schiefgelaufen ist.

Wo steht, was nicht stattfindet?

Seit Jahren haben wir schon ein Megaprojekt in unserer Stadt, und das ist der Neubau des Theaters. Und nun haben wir wieder das Problem, dass die Bürgerschaft an all ihren Projekten festhalten will. Dabei gibt es neben dem Theater noch die Vorgaben des Wärmeplans 2035, welcher nach Evas Meinung sehr viel Potential hat, uns große Probleme zu bereiten. Auch hat die Bürgerschaft einen Maßnahmenkatalog für den Klimaschutz beschlossen. Davon sieht Eva nichts in der Haushaltsplanung. Alle kämpfen mit den steigenden Preisen, sei es in Energie oder Lebensmitteln. Eva merkte noch an, dass die Bürgerschaft einen Beschluss zur Sozietät Maritim hat. Neben der Schwimm- und Eishalle ein weiteres Projekt welches nirgendwo mehr eine Erwähnung findet. „Irgendwo ganz hinten im Haushalt gibt sone lustige Tabelle, die sogenannte Langfristplanung. Selbst da steht sie nicht drin. Einfach weg.“
Eva stellte klar, dass wenn selbst der Bundesfinanzminister Lindner feststellt, dass wir auf besorgniserregende Zeiten zusteuern, sollten die anwesenden Bürgerschaftsmitglieder heute sehr genau prüfen, welches der angestrebten Projekte noch finanzierbar und umsetzbar sind. Mit diesem Ergebnis schicken wir unseren OB nach Schwerin und schauen was die Fördermittelgeberin dazu sagt. Und dafür gibt es die Unterstützung der Linken.

Im Anschluss sprachen noch andere Fraktionen über die Wichtigkeit ihrer Neubauten, dass Prestigebauten wie die Mustersiedlung gar nicht so schlecht seien und

dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Es kam nun zu den Änderungsanträgen. Einig war sich die Bürgerschaft in der Schaffung einer Kostenübersicht zum Vorgang BUGA. So soll eine Aufstellung und Übersicht aller bisher angefallenen Kosten im Zusammenhang BUGA-Planung erfolgen. Insbesondere nach Investitionen, Durchführung, Sach- und Personalkosten inklusive Verwaltungsaufwand. Auch waren sie der Ansicht, dass der Stadthafen weiterentwickelt werden soll. Dazu gehören weiterhin die Warnow-Brücke, die Halle 625 und der Stadtpark mit den 9 Millionen Euro Bundesförderung. Hierfür wird der OB unter Punkt 3 des BUGA-Antrages beauftragt, neue Strukturen für die Umsetzung zu schaffen. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister des Weiteren, ihr eine laufende Berichterstattung zur Umsetzung der Maßnahmen vorzulegen. Am Ende der sehr langen Debatte und größtenteils konstruktiven Austausches sprach sich die Bürgerschaft mehrheitlich für die Aufhebung ihrer Leitentscheidung vom 21. Oktober 2020 aus.

Im zweiten Teil des Abends wurde dann nochmal über die weiteren Großprojekte geredet. So standen die Punkte Archäologisches Landesmuseum, der Neubau des Volkstheater und das Eltern-Kind-Zentrum auf der Tagesordnung. Interessant war ein Antrag von LINKEN und SPD, welcher sich dazu bekennt, dass für die Umsetzung der Projekte jetzt auch wieder Grundstücksverkäufe in Betracht gezogen werden sollen. Mit diesem Vorgehen soll der Eigenmittelanteil für die geplanten Projekte erhöht werden können. Es werde öffentliches Eigentum verkauft, um dafür öffentliches Eigentum zu schaffen, hieß es in den vorgetragenen Begründungen von Thoralf Sens (SPD) und Eva.
„Die Bürgerschaft bekennt sich dazu, dass für den Neubau des Volkstheaters auch Grundstücksverkäufe in Betracht gezogen werden können, um den Eigenmittelanteil belastbar darzustellen. Der OB wird beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag (potentielle Flächen) vorzubereiten.“ So der Antragstext, und so wurde dieser Antrag beschlossen.

Auch wurde im Verlauf der Debatte immer wieder gefordert, dass das Land die Mehrkosten der geplanten Projekte mittragen soll. Die damals zugesicherten Summen sind dank Inflation und steigenden Kosten nicht mehr aktuell. Als Beispiel sind die Kosten für den Theaterneubau auf den derzeitigen Stand von 183 Million Euro gestiegen. Nimmt man jetzt noch den notwendigen Innenausbau dazu, ist man bei 250 Millionen Euro. Das Land stellt bisher dafür 51 Millionen Euro zur Verfügung. Und all das ist alles bisher nur Planung. Das Archäologische Landesmuseum hingegen hat schon einen Plan. So soll ab 2026 mit der Aufschüttung des Fundamentes im Stadthafen begonnen werden. Diese Aufschüttung für den Neubau wird dann drei Jahre dauern. Der geplante Anbau am Südstadtklinikum mit dem Eltern-Kind-Zentrum muss wieder aufgegriffen werden. Die Bürgerschaft hat sich für diese drei Großprojekte in ihren Anträgen ausgesprochen und beauftragt unseren OB nach Schwerin zu gehen und Verhandlungen fortzuführen.

Weitere Anträge

Für den Ortsbeirat Südstadt sprach Kristin Schröder zu dem Parkhausneubau direkt neben dem Südeingang des Hauptbahnhofs Rostock. Der Ortsbeirat sieht dieses Vorhaben als sehr wünschenswert an. Nach Prüfung des Tiefbauamtes sei ein Neubau mit 400 Stellplätzen realisierbar. Im Antrag des Ortsbeirates heißt es, dass der Parkplatzdruck durch Besucher der Stadthalle, Besucher der Heimspiele von Hansa Rostock sowie durch den werktäglichen Pendelverkehr der Post- und NORDEX-Mitarbeiter enorm hoch ist. Ein Neubau würde die derzeitige Parkplatzsituation entspannen. Daher wird der Oberbürgermeister damit beauftragt, schnellstmöglich eine Realisierung mit der Parkhausgesellschaft Rostock zu verhandeln. Der Antrag wurde angenommen.

Henry Klützke sprach für den Ortsbeirat Markgrafenheide. Zusammen mit Dr. Wolfgang Nitzsche hat er einen Antrag für die bessere Unterbringung unserer ehrenamtlichen Rettungsschwimmer der DRK Wasserwacht Ortsteil Markgrafenheide gestellt. Die DRK Wasserwacht Rostock informierte die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde zum Ende der Saison 2021 darüber, dass die DRK-Verbände Sachsen und Sachsen-Anhalt angekündigt haben, für die Saison 2022 keine Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer mehr nach Rostock zu schicken, wenn sich die Unterbringungssituation nicht gravierend ändern bzw. verbessern würde. Beide Verbände entsenden einen Großteil der Freiwilligen, so dass aus Sicht der Tourismuszentrale eine schnelle Lösung noch zum Ende des Jahres 2021 gefunden werden musste. So wurden kurzfristig für 2022 drei Finnhütten angemietet. Des Weiteren wurden dem Quartier im Dünenweg neue Betten und Matratzen spendiert. In der Ortsbeiratssitzung im April kamen der Ortsbeirat, die Tourismuszentrale, das Stadtplanungsamt und die DRK Wasserwacht zusammen um eine Lösung zu finden. Laut Stellungnahme der Stadt vergehen mindestens 7 Jahre, bis diese realisierbar sei. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Andreas Engelmann sprach zum letzten Antrag im öffentlichen Teil des Abends: der Wärmeplan Rostock 2035 – Strategien und Maßnahmen für eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Die Wärmeerzeugung trägt zu 60% des jährlichen CO^2-Aufkommens Rostocks bei und ist damit entscheidend für das Ziel der selbstgesteckten Klimaneutralität bis 2035. Andreas ging in seiner Rede auf die Wichtigkeit dieses Vorhabens ein, dass es technisch möglich sei, autark Wärme für Rostock zu produzieren, ohne von fossilen Energieträgern abhängig zu sein. „Eine Aufgabe, der wir uns schon viel früher hätten stellen müssen“, fügte Andreas hinzu. Der Wärmeplan wird ein Umdenken der Bewohner unserer Stadt verlangen. Sei es zu Hause, im Gewerbe oder in der Industrie. Das Ziel dieses Antrags ist eine klimaneutrale Wärmeversorgung und eine regenerative Energieversorgung in Rostock. Das wird eine große Aufgabe werden, diese sei den Aufwand wert. Denn im langfristigen Vergleich ist die klimaneutrale Wärmeerzeugung der fossilen in allen Aspekten überlegen. Der Antrag wurde angenommen, die Planungen zur weiteren Umsetzung werden durch die Stadtverwaltung vorangetrieben.

Zu guter Letzt eine Informationsvorlage.
Der Eisbrecher Stephan Jantzen, derzeit liegend im Stadthafen, wird in den nächsten 5 Jahren zum Aufenthalt ins Dock geschickt. Der Halter des Eisbrechers ist die Hansestadt Rostock. Der Verein „Technische Flotte Rostock e. V.“ kümmert sich um das Schiff. Als maritime Attraktion im Rostocker Stadthafen besichtigen ungefähr 5.000 Besucherinnen und Besucher jedes Jahr das Schiff. Dazu bietet der Verein an Bord geführte Touren und andere gemeinnützige Angebote an. Aus Sicht des Fachamtes und des beauftragten Schifffahrtssachverständigen ist eine Dockung innerhalb der nächsten 5 Jahre zu realisieren, um neben sicherheitsrelevanten Aspekten auch den äußeren Verfall an unzugänglichen Stellen der Außenhaut und der Aufbauten aufzuhalten. Hierzu wird für das Haushaltsjahr 2026 empfohlen, finanzielle Mittel in Höhe von ca. 1,8 Mio. € einzustellen.

Euer Martin Raspe aus dem schönen Lütten Klein

STIFTUNG UND PARTEI

Am 7. Mai fand in Berlin eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) statt. Die RLS ist eine parteinahe Stiftung. Während die Linkspartei auch ohne Stiftung überleben könnte, kann die Stiftung dies nicht. Sie erhält Geld vom Staat, abhängig von den LINKE-Wahlergebnissen der vergangenen Jahre. Schon deshalb hat die Stiftung ein großes Interesse am Erfolg der Partei – und genau darum ging es in Berlin: Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Partei und Stiftung auf ein neues Niveau gehoben werden?

Zwei Aspekte müssen unterschieden werden: die Arbeit der RLS und ihre Zusammenarbeit mit der Partei.

In der Stiftung arbeiten viele kluge Köpfe. Doch viele Arbeitsergebnisse werden bloß abgeheftet, ohne dass Konsequenzen sichtbar sind. Sehr bekannt sind die Wahlnachtberichte von Horst Kahrs. Aber welche Schlüsse wurden aus seinen klugen Analysen gezogen? Wulf Gallert wies darauf hin, dass viele Irrtümer über Russland in der Partei mit der Expertise der RLS hätten verhindert werden können. Viele Erkenntnisse der Stiftungsarbeit werden nicht systematisch verarbeitet, sondern verschwinden weitgehend unbeachtet in Publikationen oder Schubladen. „Wir wissen nicht, was wir wissen“, fasste Michael Brie das Defizit in Worte.

Wie gesagt, braucht die Partei ihre Stiftung eigentlich nicht. Es gibt in den Fraktionen und im Karl-Liebknecht-Haus genug Expertise. Dieser Glaube scheint jedenfalls in der Partei weit verbreitet zu sein, denn nur selten wird in der Parteiarbeit das Potenzial der Stiftung mitgedacht. Aber wo bleibt in der operativen Parteiarbeit die kritische Gesellschaftsanalyse? Zur Wahrheit gehört aber auch, dass sich die Stiftung zu wenig als „Dienstleisterin“ für Parteistrukturen von der Bundes- hinunter zur Kreisebene angeboten hat. Nun der Appell der RLS an die Partei: Nehmt unser Angebot für Politikberatung auf allen Ebenen bitte an!

DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Selbstkritisch musste Michael Brie einräumen, dass man die demografischen Veränderungen in der Partei nicht analysiert und begleitet habe. Im Nachhinein liegen die Fehlentwicklungen auf der Hand:

Nach der Gründung der Partei 2007 gab es eine Phase von Wahlerfolgen, die darüber hinweg täuschten, dass der Parteiaufbau kaum vorankam, dieser Prozess nach Einschätzung der RLS-Vorsitzenden Dagmar Enkelmann sogar um 2015 abgebrochen wurde. Inhaltliche Fragen wurden nicht geklärt, strategische Debatten nicht geführt, stattdessen mit Formelkompromissen gearbeitet, die heute nicht mehr tragen. Nach und nach rückte das Gemeinsame in den Hintergrund, man wurde inhaltlich beliebig. Rechthaberische, kulturlose und möglichst öffentlich (auch in den Medien) geführte innerparteiliche Debatten machten uns zum „Weltmeister in Selbstzerstörung“ (D. Enkelmann). Wir seien keine moderne sozialistische Partei, viele unserer Antworten 20 bis 30 Jahre alt. Kein Wunder, dass DIE LINKE in den Krisen der letzten 15 Jahre nicht als wirksame Kraft angesehen wurde (M. Brie). Auch die Parteivorsitzende Janine Wissler musste einräumen, dass wir bei allen zentralen Fragen widersprüchliche Antworten geben. Niemand wisse, wofür DIE LINKE steht. Ein anderer Teilnehmer ergänzte: Zu Vielen gehe es nicht um die Partei, sondern nur um Posten und Talkshowauftritte.

Foto von der Mitgliederversammlung der RLS Mecklenburg-Vorpommern im Mai in Rostock

DIE LINKE ist auch als Organisation stark reformbedürftig. Obwohl so viele neue, junge Mitglieder in die Partei strömten, blieben die Parteistrukturen die gleichen. Was der Partei zudem fehlt, sind geschlossene Räume zum Austausch über Zweifel, sagt D. Enkelmann. Räume für eine ehrliche Analyse der begangenen Fehler.

Den größten Applaus bekam übrigens eine 24-jährige Nichtakademikerin aus Rheinland-Pfalz, die schonungslos den Finger in die Wunden der Partei legte. Sie beklagte Filz und Klüngel in den Parteistrukturen, im Zusammenhang damit die Beauftragung der immer gleichen Werbeagentur in Wahlkämpfen sowie die für junge Mitglieder abschreckenden Basisstrukturen. Sie beklagte, dass die Partei die RLS nicht ernst nehme, forderte eine Erneuerung der Bundestagsfraktion und schließlich eine Kommunikation in einfacher Sprache, damit die Menschen uns auch verstehen. Vorbild: Jean-Luc Mélenchon.

Der Basler Professor Oliver Nachtwey, Mitglied der Linkspartei, analysierte den Zustand der Partei von außen. Aus seiner Sicht hat sich der Niedergang der LINKEN seit 2019 dramatisch beschleunigt. Zu wenig Energie werde in aktive Politik investiert, zu viel in Fraktionskämpfe und Kämpfe um Posten. Die Bundestagsfraktion spiele hier eine besonders negative Rolle. Wahlkämpfe der LINKEN seien uninspiriert, mit den immer gleichen Slogans. Man könne ja regieren wollen, sollte aber nicht die ganze Zeit darüber reden. Überhaupt setze die Ost-Linke viel zu sehr auf Anerkennung durch die Eliten, anstatt Widerständigkeit auszustrahlen. Laut Nachtwey dürfen wir die Bedeutung der sozialen Bewegungen nicht überschätzen. Wir sollten aber auch nicht glauben, dass wir noch AfD-Wähler zu uns zurückholen könnten. Deren Köpfe seien nicht mehr zu erreichen. Dass sie Kritik an „Genderthemen“ von einer Stimmabgabe für DIE LINKE abhalte, sei empirisch nicht belegbar und innerhalb der Partei ein „konstruierter Diskurs“.

Aufbauend auf einer ehrlichen Analyse, wie kann die Stiftung der Partei helfen? Ein wesentlicher Beitrag der RLS zur Überwindung der LINKEN-Krise könnte die gemeinsame Erneuerung des Sozialismusverständnisses sein, ein Verständnis, das nach Aussage von Michael Brie, die Menschen in ihrem Innersten ergreifen soll. In einer Sprache, die von den Menschen verstanden wird! Die Partei braucht ein strategisches Zentrum, das als Team und mit Zukunftskompetenz voranschreitet. Mit Grundlagenbildung und der Stärkung des Handwerks der kritischen Gesellschaftsanalyse könnte die Stiftung diesen Erneuerungsprozess unterstützen. Wenn DIE LINKE nicht die Systemfrage stellt, habe sie keine Zukunft, meinte auch Dagmar Enkelmann. Axel Troost wies aber darauf hin, dass die Menschen sich unter Formulierungen wie „System Change“ oder „die Eigentumsfrage stellen“ überhaupt nichts vorstellen können. Am Beispiel des Strukturwandels in der Braunkohle zeigte er, dass die Betroffenen eher verunsichert werden, wenn niemand sagen kann, wie ein neues System oder andere Eigentums-

TERMINE

WANN?	WO?	WAS?
Mi., 6.7., 18.00 Uhr	Geschäftsstelle	Sitzung des Kreisvorstandes HRO
Sa., 16.7., 12.00 Uhr	Neuer Markt Rostock	Christopher Street Day

strukturen konkret aussehen könnten. DIE LINKE hat hierfür bislang keine Lösung anzubieten. Eine Transformation gebe es nur unter kapitalistischen Bedingungen – oder gar nicht, schloss Axel Troost. Das wird nicht jeder gern gehört haben, aber andererseits muss DIE LINKE auch lernen, nicht immer zu behaupten, sie hätte schon auf alles eine Antwort. Die Antworten müssten wir uns erst erarbeiten, meinte ein anderer Teilnehmer. Dieser forderte „durchsetzbare Reformprojekte“, die durch fachliche Kompetenz zu überzeugen wüssten. Selbstverständlich gebe es für eine „sozialistische Bekenntnispartei“ auch ein stabiles Wählerniveau. Aber eben nur bei 1 Prozent, und das sei natürlich viel zu wenig.
Mein Eindruck von der Mitgliederversammlung: Spätestens seit der Bundestagswahl 2021 geht ein Ruck durch die Stiftung, die den Ernst der Lage erkannt hat. Ihre Arbeit muss sich auf strategische Schwerpunkte konzentrieren und wahrnehmbarer für die Öffentlichkeit werden. Ein Generationenkonflikt ist aber auch in der RLS nicht zu übersehen. Manchen Redebeiträgen älterer Mitglieder fehlte spürbar die Neugier auf neue Perspektiven, stattdessen wird stur an alten Gewissheiten festgehalten. Da gab es dann auch mal genervtes Kopfschütteln bei Jüngeren, wenn z.B. die Sexismusvorfälle in der LINKEN als unwichtiges Detail kleingeredet wurden.
Der aktuelle Blick auf andere europäischen Staaten zeigt, dass linke Parteien eine Zukunft haben. In Deutschland sieht es derzeit schlecht aus. Die Veranstaltung schloss mit einem Zitat: „Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten.“

Carsten Penzlin, 1. Stv. Vors. RLS M-V

AUS DEM EU-PARLAMENT

Pressemitteilung Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE)

Keine Produkte aus Zwangsarbeit in unsere Läden!

Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher von DIE LINKE im Europäischen Parlament, erklärt zur Abstimmung des EP über ein neues Instrument für ein Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit:
„Was haben ein Auto, ein T-Shirt, ein Computer und eine Banane gemeinsam? Sie alle dürften Spuren von Zwangsarbeit aufweisen. Das Leid der Menschen verbirgt sich in der Undurchsichtigkeit globaler Lieferketten.“
Scholz forderte in der Plenardebatte ein starkes Importverbot für solche Waren, eine solide Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen und den verbindlichen UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte. „Das Europaparlament hat heute mit 503 Ja-Stimmen bei nur 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen die EU Kommission aufgefordert, unverzüglich eine Gesetzesvorlage für ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit in den Gesetzgebungsprozess zu bringen.“
„Weltweit werden 25 Millionen Menschen dazu gezwungen, bestimmte Produkte und Waren herzustellen, viele dieser Güter werden auch in Europa verkauft. Wie lange schauen wir noch weg? Produkte moderner Sklaverei haben auf dem europäischen Markt nichts zu suchen! Europäische Unternehmen sollten nicht von Menschenrechtsverletzungen profitieren. Europäische Bürgerinnen und Bürger wollen bei ihrem Kauf die Sicherheit haben, dass niemand leiden musste, um dieses Produkt herzustellen.“
Helmut Scholz betont: „Unternehmen haben es versäumt, freiwillig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Problem anzugehen. Lange setzte sich auch die EU-Kommission eher für den Schutz von Investitionen der Unternehmen ein, auch wenn diesen der Geruch des Profits aus Zwangsarbeit anhaftet. Jetzt ist es an der Zeit, ein strenges Importverbot zu verhängen.“
Abschließend sagt Helmut Scholz: „Ich fordere in diesem Zusammenhang die Einführung von drei Schlüsselinstrumenten: ein starkes Importverbot, eine solide Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen und den verbindlichen UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte.“

Hintergrund:
Das Europaparlament hat heute mit 503 Ja-Stimmen bei nur 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen die EU Kommission aufgefordert, unverzüglich eine Gesetzesvorlage für ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit vorzulegen. Die Kommission kündigte in ihrer Antwort in der Debatte an, nach der Sommerpause den Gesetzentwurf liefern zu wollen. Die EU-Kommission hat 12 Jahre nach der ersten Forderung des Europaparlaments noch immer nicht den lange angekündigten, neuen Gesetzesvorschlag für ein Instrument zum Einfuhrverbot von Waren, die in Zwangsarbeit hergestellt werden, vorgelegt. Deshalb bringt der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments (INTA) diese Resolution auf den Weg, um parallel zur laufenden Lieferkettengesetzgebung neue verbindliche Standards in dieser Richtung zu verankern.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Statt flüchtiger Betrachtung
(von Jürgen Riedel)

Politische Flüchtlinge aus der Ukraine
hochwillkommen

Wenig begeistert empfangen
politische Flüchtlinge schwarz muslimisch
politische Flüchtlinge zweiter Klasse
Gründe:
rassistisch benachteiligt
nicht vorm sibirisch kalten Aggressor
geflohen

AUS DEM LANDTAG

Rekordhaushalt 2022/2023: sozial gerecht – nachhaltig – solide

Der Landeshaushalt ist in Zahlen gegossene Politik – er gibt die richtigen Antworten auf die riesigen Herausforderungen.

Bildung. Hier setzen wir deutlich Schwerpunkte. In den Schulen sorgen wir für spürbar mehr Lehrkräfte. Dafür stehen gut 50 Mio. Euro bereit. Den Schulpakt speisen wir mit insgesamt 200 Mio. Euro. Wir werden Lehrkräfte für den Seiteneinstieg qualifizieren, damit sie Kindern und Jugendlichen Wissen gut vermitteln können. Dafür werden wir bis zu 10 Mio. Euro bereitstellen. Der Ferienhort wird kostenfrei und kann künftig länger genutzt werden. Wir legen ein Programm auf, damit alle Kinder lernen sicher zu schwimmen. Mehr Qualität in den Kitas erreichen wir durch eine Fachkräfteoffensive, den landesweiten Mindestpersonalschlüsse und einer Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation.

Soziales. Der Sozialhaushalt wird um rund 300 Mio. auf gut 1,3 Mrd. Euro aufgestockt. Im Rahmen der Enquetekommission „Jung sein in M-V“ unterstützen wir Beteiligungsnetzwerke, um die Kinder- und Jugendbeteiligung zu fördern. Wir stellen die wichtige Arbeit im Kinderschutz durch auskömmliche Finanzierung sicher und erhöhen die Mittel für den Kinderschutzbund auf 100 000 Euro. Ab 2023 stehen 160 000 Euro für den Aufbau einer Landesfachstelle Demenz zur Verfügung. Die Betreuungsvereine erhalten 50 000 Euro zusätzlich. Der Integrationsfonds wird auf insgesamt 2 Mio. Euro verdoppelt. Die Sportförderung wird auf 12,5 Mio. Euro angehoben. Rund 106 Mio. Euro werden für die soziale Wohnraumförderung aus Bundes- und Landesmitteln bereitgestellt. Wir stellen fast 250 Mio. Euro bereit, um Menschen von hohen Energiekosten zu entlasten.

Gleichstellung. Wir werden das Beratungs- und Hilfenetz im Bereich häusliche und sexualisierte Gewalt überprüfen, um den Landesaktionsplan zur Bekämpfung häuslicher und sexualisierter Gewalt weiterzuentwickeln. Dafür haben wir 100 000 Euro eingestellt. Zur Gleichstellung von queeren Menschen richten wir eine Beratungsstelle für trans- und intergeschlechtliche Personen ein und statten sie mit 140 000 Euro aus.

Wirtschaft und Verkehr. Das Azubiticket wird weitergeführt. Ein Seniorenticket wird neu eingeführt, ein landesweites Rufbussystem etabliert. Dafür sind rund 35 Mio. Euro eingeplant. 100 Mio. Euro aus dem Haushaltsüberschuss 2021 sind in den nächsten Jahren für Wasserstoffprojekte zum Aufbau einer Wasserstofftechnologie vorgesehen. Investitionen werden auf hohem Niveau fortgeführt.

Inneres, Bau, Digitalisierung. Wir stärken die Fachhochschule Güstrow, die Mittel erhöhen sich auf rund 42 Mio. Euro, auch um Polizeinachwuchs zu sichern. Wir erhöhen die Personal- und Investitionsausgaben für die Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz auf rund 4,5 Mio. Euro. Den Kommunen werden alle Ausgaben in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten erstattet. Sie erhalten auch erhöhte Zuweisungen für Investitionen im Brandschutz. Im Innenministerium werden zusätzliche Stellen eingerichtet – zur Unterstützung der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zu rechtem Terror.

Landwirtschaft und Umweltschutz. Wir stellen sicher, dass jährlich 750 ha Wald im Land neu entstehen. Das ist das größte Waldprogramm bundesweit. Die Umrüstung von Öl- und Gasheizungen und Photovoltaik-Anlagen auf Dächern wird das Land mit 10 Mio. Euro unterstützen. 100 Mio. Euro aus dem Haushaltsüberschuss 2021 sind in den nächsten Jahren für Wasserstoffprojekte vorgesehen.

Gewinner: Die Verwaltung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nach dem Weggang von Claus Ruhe Madsen.

Verlierer: Menschen mit kleineren Einkommen - sie leiden besonders unter der steigenden Inflation, den steigenden Lebenshaltungskosten. Darunter u.a. Rentnerinnen und Rentner, die ein Leben lang hart gearbeitet haben.

ZITAT

„Gratulation den Parteivorsitzenden Janine Wissler und Martin Schirdewan zur Wahl! Gemeinsam mit allen Mitgliedern haben wir die historische Pflicht, DIE LINKE aus ihrer Krise herauszuführen. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag bleibt dabei eine verlässliche Partnerin. Glück auf!“ Dietmar Bartsch

ZAHL DES MONATS

Die Armut hat in Deutschland mit einer Armutsquote von 16,6 Prozent im Berichtsjahr 2021 einen neuen Höchststand erreicht. 13,8 Millionen Menschen gelten demnach als arm, 600.000 mehr als vor der Pandemie.

LYRIK

Der sensible Friede *(von Jürgen Riedel)*

Patronenleichte Bedenken:
militärpolitische Ungerechtigkeit
Warschauer Pakt fort NATO bleibt

Panzerschwere Sorge:
NATO erweiterte sich sogar nach Osten
Nicht-in-die-NATO-Versprechen
war eine Nebelgranate

Sofort Konflikt
notdürftig geflickt
explodierte Februar 2022
zum russischen Angriffskrieg
der Friede bleich depressiv

Fusionierte Freundschaft
(von Jürgen Riedel)

Der Kapitalismus
mit hartgeldrunden Augen
und sein Alter Ego
der unsoziale Politiker
mit Eisklumpen-Hirn
finden ein Alter wertlos wie Falschgeld
das Rentenalter